



Joschka Fischer und die Visa Affäre

26. April 2005

SPD und Grüne betrachten die Affäre um den Mißbrauch deutscher Einreise-Visa nach dem Auftritt von Außenminister Joschka Fischer vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages als ausgestanden.

„Die Affäre ist aus meiner Sicht beendet“, zog der SPD-Obmann im Ausschuß, Olaf Scholz, am Dienstag als Fazit aus der mehr als zwölfstündigen Aussage des Grünen-Spitzenpolitikers am Vortag. „Eines ist klar: Der Minister bleibt im Amt.“ Es habe Fehlentwicklungen gegeben. Aber Fischer habe dafür die Verantwortung übernommen und die Mängel abgestellt.

Rückenwind für Wahl in NRW?

Scholz zeigte sich überzeugt, dass die SPD davon auch im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen profitieren könne. Die Öffentlichkeit könne sich nach der direkt im Fernsehen übertragenen Aussage Fischers selbst ein Bild davon machen, was schief gelaufen sei. „Daher verspreche ich mir davon auch Rückenwind für die Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen“, sagte Scholz.

Vor allem die SPD hatte auf eine Aussage Fischers im Ausschuss noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai gedrängt und auch die direkte Übertragung im Fernsehen forciert. Sie befürchtet, das Visa -Thema könnte durch die Verquickung von Schwarzarbeit und Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland vor allem zu ihren Lasten gehen.

Von Klaeden: Weiterer Aufklärungsbedarf

Der Unions-Obmann im Untersuchungsausschuss, Eckart von Klaeden (CDU), sieht dagegen weiteren Aufklärungsbedarf „Es ist noch viel Stoff da“, sagte Klaeden am Dienstag in Berlin.

Geklärt werden müsse die Rolle von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), dessen Haus das Auswärtige Amt vor einer Änderung der Erlasse gewarnt hatte. Diese Warnungen waren aber letztlich ohne Konsequenzen geblieben. Zudem interessiere ihn bei den nächsten Sitzungsterminen, wie die umstrittenen Erlasse zur Visa -Politik in den Botschaften vermittelt worden seien.

Schäuble fordert Fischers Rücktritt

Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble (CDU) forderte dagegen den Rücktritt Fischers. Der Minister habe jahrelang Hinweise unterschiedlichster Herkunft auf den Missbrauch der Visa-Erteilung nicht ernstgenommen.

Schäuble sagte, über Jahre seien Hinweise unterschiedlichster Herkunft auf den Missbrauch der Visa-Erteilung im Außenministerium nicht ernstgenommen worden. Im Vergleich mit dem vor Jahren von Fischer selbst geforderten Rücktritt von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) bezeichnete Schäuble einen Rücktritt des Außenministers als fast notwendige Konsequenz. Auch die Obleute von Union und FDP, Eckart von Klaeden (CDU) und Hellmut Königshaus, werfen Fischer schwere Fehler vor.

Grüne: Angriffstrategie zusammengebrochen

Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Katrin Göring-Eckardt und Krista Sager, erklärten, die Angriffstrategie der Union sei komplett zusammengebrochen.

Der Versuch, die Visa-Vergabe als grüne Ideologie anzuprangern, sei gescheitert. Der Obmann der Grünen im Ausschuss, Jerzy Montag, wies Rücktrittsforderungen aus der Union an Fischer zurück: „Es gibt keinen Grund, am Stuhl des Außenministers zu sägen.“ Fischer habe Fehler gemacht, zu denen er sich bekannt habe.

„Mit Fischer geht es strahlend weiter“

Der Auftritt des Außenministers sei eine „überzeugende Sache“ gewesen, sagte der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer: „Mit Fischer geht es strahlend weiter.“ Fischer selbst zeigte sich ebenfalls zufrieden. „Ich fühlte mich nicht unwohl“, sagte er nach der Befragung am Montag abend.

Montag und Scholz machten deutlich, dass sie bislang keinen Grund für eine weitere Aussage Fischers vor dem Ausschuss sähen. Fischer hatte am Montag vor dem Ausschuss wiederholt die Verantwortung für Versäumnisse seiner Ministeriums übernommen und der Union zugleich eine Skandalisierung der Vorgänge vorgeworfen.

Bütikofer: „Völlig ungerechtfertigt“

Die Rücktrittsforderungen aus den Reihen der Opposition wies der Vorsitzende als „völlig ungerechtfertigt“ zurück. Die Angriffstrategie von Union und FDP sei in sich zusammengebrochen, sagte dagegen Bütikofer.

„Das, was die Opposition dem Außenminister ans Bein binden wollte“, nämlich, „dass millionenfach Schwarzarbeiter aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind,

diese ganze Skandalisierung, diese ganze ideologische Übertreibung - daran ist nichts geblieben”.

FDP rechnet noch mit monatelangen Visa-Untersuchungen

Die FDP rechnet noch mit monatelangen Untersuchungen zur Visa- Affäre. „Die Luft ist nicht raus, im Gegenteil: Es geht erst richtig los”, sagte Königshaus. Der Ausschuss werde Fischer mit Sicherheit nochmals vernehmen müssen. Königshaus sprach von „gravierenden Fehlern” in der Amtsführung des Außenministers, „die in Teilbereichen die Sicherheit des Landes gefährdet, möglicherweise auch beeinträchtigt” hätten.

„Bei solchen Vorwürfen wären andere Politiker längst zurückgetreten und hätten nicht versucht, das auszusetzen.” Als weitere Schwerpunkte der Aufklärungsarbeit nannte Königshaus vor allem das Innenministerium und das Kanzleramt.

Kritik an Uhl

Unterdessen hat das stellvertretende Mitglied des Ausschusses, Max Stadler (FDP), die Zeugenvernehmung von Fischer kritisiert. Der Ausschussvorsitzende Uhl hätte deutlich mehr die großen Linien und Versäumnisse in der rot-grünen Visa- Politik herausarbeiten sollen, sagte Stadler der Chemnitzer „Freien Presse”. Stattdessen habe er sich bei der Befragung von Fischer in Erörterungen von Details verloren.

Der FDP- Innenexperte forderte dieses Versäumnis in den kommenden Fragerunden auszugleichen. Stadler geht davon aus, dass der Außenminister ein weiteres Mal vor den Untersuchungsausschuss geladen werden müsse.

„Ausserordentlich unglaubwürdig”

Unions-Obmann von Klaeden zeigte sich dagegen mit Verfahren und Ergebnis der Befragung von Fischer vom Montag zufrieden. Man habe den Minister „zum Reden gebracht” und „wesentliche Dinge” von ihm erfahren. Fischer habe zugegeben, dass der Visa- Missbrauch auf die Erlasse zurückgehe, und habe einen Zusammenhang zwischen Visa- Missbrauch und Zwangsprostitution eingestanden.

Zudem sei deutlich geworden, dass das Ministerium über Jahre hinweg „führungslos geblieben” sei. Die Erinnerungslücken des Ministers in der Befragung empfand Klaeden nach eigenen Worten zum Teil als „außerordentlich unglaubwürdig”.